

Tabellarische Übersicht über leistungsrechtliche Folgen bei Fiktionsbescheinigung

Aufenthaltstitel gem. § 81 AufenthG	Leistungsrechtliche Folge
<p>Erlaubnisfiktion gem. § 81 Abs. 3 Satz 1</p> <p>Beantragt ein Ausländer, der sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält, einen Aufenthaltstitel, so gilt der Aufenthalt bei rechtzeitiger Antragstellung als erlaubt (Erlaubnisfiktion).</p>	<p><u>SGB II</u></p> <p>Anspruch auf Arbeitslosengeld II (+), aber nur, wenn die Fiktionsbescheinigung ausdrücklich eine Beschäftigungserlaubnis vorsieht (§ 4 Abs. 3 Satz 1 AufenthG; § 8 Abs. 2 SGB II). Hierbei handelt es sich nach Aussage der BIS um eine in der Praxis sehr selten vorkommende Fallkonstellation. Bestehen bei der Einzelfallbearbeitung Zweifel, ob trotz fehlender Erwähnung auf der Bescheinigung nicht doch eine Beschäftigungserlaubnis besteht, sollte im Einzelfall Rücksprache mit der Ausländerbehörde gehalten werden.</p> <p>Anspruch auf Sozialgeld (+), wenn der Inhaber einer Fiktionsbescheinigung mit einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft lebt (§ 7 Abs. 3 SGB II). Dies gilt</p> <ul style="list-style-type: none"> • für Ehepartner (§ 7 Abs. 3 Nr. 3a SGB II): Eine Bedarfsgemeinschaft besteht auch dann, wenn die Ehepartner zunächst aus organisatorischen Gründen ohne Trennungswillen in unterschiedlichen Unterkünften zu leben gezwungen sind. • für Partner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (§ 7 Abs. 3 Nr. 3b SGB II) und • für in einem gemeinsam Haushalt Zusammenlebende i.S.v. § 7 Abs. 3 Nr. 3 c mit dem „vermutetem Willen, wechselseitig Verantwortung füreinander zu tragen“ i.S.v. Abs. 3a SGB II. <p><u>SGB XII</u></p> <p>Ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht erlaubt und liegt keine Bedarfsgemeinschaft mit einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten vor, besteht bei Hilfebedürftigkeit ein Leistungsanspruch nach SGB XII. Dies ist regelhaft der Fall.</p>
<p>Duldungsfiktion gem. § 81 Abs. 3 Satz 2</p> <p>Bei verspäteter Antragstellung gilt die Abschiebung als ausgesetzt (Rechtsfolgenverweis auf § 60a AufenthG: diese Fiktionsbescheinigung entspricht mithin einer</p>	<p><u>AsylbLG</u></p> <p>Es besteht Anspruch auf Grundleistungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 3 AsylbLG</p>

Duldung).	
Fortgeltungsfiktion gem. § 81 Abs. 4 Die Beantragung einer Verlängerung des bestehenden Aufenthaltstitels oder eines anderen Aufenthaltstitels verlängert den bisherigen Aufenthaltstitel in seiner Wirkung.	Es bleibt bei der bisherigen Anspruchsgrundlage.